



Gemeinde Ingenried

Bekanntmachung

des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan „Gewerbegebiet ehem. Bahnhof, 3. Änderung“ der Gemeinde Ingenried

Der Gemeinderat Ingenried hat in seiner Sitzung am 03.12.2014 nach durchgeführtem Aufstellungsverfahren den Bebauungsplan „**Gewerbegebiet ehem. Bahnhof, 3. Änderung**“ in der Planfassung, Satzung und Begründung vom 03.12.2014, gefertigt vom Bauamt der Verwaltungsgemeinschaft Altstadt, als Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen.

Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) ortsüblich bekannt gemacht.

Jedermann kann den Bebauungsplan mit Begründung über die Art und Weise, wie die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, bei der Gemeinde Ingenried, Kirchenstraße 3, 86980 Ingenried und bei der Verwaltungsgemeinschaft Altstadt, Marienplatz 2, Zimmer Nr. 7, 86972 Altstadt während der allgemeinen Amts- bzw. Dienststunden einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie der Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde Ingenried geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Dieser Bebauungsplan wurde aus dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Ingenried entwickelt (vgl. dessen seit 11.07.2014 wirksame 5. Änderung) und bedarf daher keiner Genehmigung. Der Flächennutzungsplan wird nach § 13a Abs. 2 Ziff. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan „Gewerbegebiet ehem. Bahnhof, 3. Änderung“ in Kraft.

Ortsüblich bekannt gemacht durch
Anschlag an der Amtstafel

am: 05.12.2014

Abgenommen

am: 22.12.2014



Ingenried, den 04.12.2014

Fichtl, 1. Bürgermeister